

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post gegen 2,70 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlags- und Druck-Verlagsgesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, GutsMuths-Verlag, Halle, Verdenstraße 14.

Herausgeber: Otto Kallian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig l. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 88 Goldpfennig l. Zeile im Textteil. Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig l. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 88 Goldpfennig l. Zeile im Textteil. Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig l. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 88 Goldpfennig l. Zeile im Textteil.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, den 16. April 1925

5. Jahrgang * Nr. 74

Erzwingt Euch Arbeitsruhe und Gewerkschaftseinheit!

Zum 1. Mai 1925

Der Welt-Feiertag der Arbeit muß in diesem Jahre in Deutschland und in Antwerpen geben auf die erste allgemeine Wahl des Bourgeois-Präsidenten der kapitalistischen Republik. Das ist nicht der einzige der unpopuläre Frontalangriff der Hindenburg-Kandidatur der Weisgarditen, der Pfaffenbanden und der schwarzköpfigen Bourgeois und ihrer Agenten, er soll Antwort geben der Bürgerblock-Regierung des Steuerabbaus, der Massenarbeitslosigkeit, der neuen Teuerung und der Verschönerung Deutschlands an den Welt-Imperialismus.

Die Arbeiter 1925 soll das sammende Bewusstsein der Millionen sein, die den Klassenkampf wollen, die antreten zur Wiedereroberung des Achtstundentages, die den Arbeiterort auf Gruben und Werken verhindern, das kapitalistische Hochgebirg der Arbeitslosigkeit zu durchbrechen wollen, die um menschenwürdigen Lohn kämpfen, die politische Freiheit erlangen, die Rechte durchsetzen, die Arbeiter-Regierung verlangen, die rote Front, die Arbeiterfront, aufzurufen und das Bündnis mit der Sowjet-Union herstellen wollen.

Statt den 1. Mai mit völliger Arbeitsruhe zu einem Schlag gegen die gewerkschaftliche Reaktion zu machen, verfuhr der ADGB, bewußt deren Abhängigkeit, kluglich und schwächlich flammte er in seinem Aufzug:

„Ob die Proklamierung der Arbeitsruhe ohne ernste Schädigung der Beteiligten möglich und zweckmäßig ist, ist örtlich zu prüfen und zu entscheiden.“

Ausdrücklich folgt er Anweisungen für den Fall hinzu, „wo von der Arbeitsruhe abgesehen werden muß.“ Das ist nicht der einzige Kapitalismus der ADGB-Bureaukratie, wie sie seine, schmählich und erbärmlich nun schon Monat für Monat, Jahr für Jahr einander folgen. Sie bedeutet die höfliche Einladung an die Unternehmer, die Arbeitsruhe mit der Androhung „ernster Schädigung der Beteiligten“ zu verbieten. Seht diesem Verrat in Permanenz einen Damm entgegen!

Erzwingt überall die Arbeitsruhe für den 1. Mai!

Zu den Bergwerken und Fabriken, zu Banstellen und Werften, in allen Schmelzwerken und auf allen Arbeitsplätzen folgt einmütig Beschlüsse für völlige Arbeitsruhe am 1. Mai, für Wiederaufnahme des Kampfes zur Wiedereroberung des Achtstundentages, für die Veranlassung gewaltiger MassenDemonstrationen der gesamten Arbeiterschaft.

Erneut schon in diesem Jahre hat Euch die ADGB-Bureaukratie glänzende Kampfmaßnahmen um den Achtstundentag und gegen den Bürgerblock entworfen. Am 1. März gelang es ihr, die Bildung des Dreiecks der Bergarbeiter, Eisenbahner und Metallarbeiter an Rhein, Ruhr und Westfalen durch Schlichtungsverfahren und Schiedspräsidenten zu verhindern. Und erneut zum 1. April versetzte die ADGB-Bureaukratie die Bewegung um den Achtstundentag, die dem auf diese Kampfpläne wartenden deutschen Proletariat in die Hand gegeben war, durch die Möglichkeit der Zusammenfassung der Kämpfe der Berliner Großbetriebe, der sächsischen und mitteldeutschen, der Bielefelder und Kallfelder Metallarbeiter, der Gemeindefabrikanten des ganzen Reiches und des Chemie-Proletariats der wichtigsten Industriebezirke. Indem sie die Zusammenfassung dieser Kämpfe bewußt verhinderte, und inwieweit die Eisenbahnerkämpfe sich verhalten ließ und um 3 Wochen frühzeitig handlungslos verriet, kränzte die ADGB-Bureaukratie alle ihre bisherigen Handlungsbahnen für die Bourgeoisie.

Durch die Verhinderung der Kämpfe am 1. März und 1. April rettete der ADGB den Bürgerblock.

Das sind die Spalter der Arbeiterbewegung, das sind die Zerflörer der Einheit, die an diesen beiden Schritten für einheitliche gewaltige Massenaktionen um den Achtstundentag und gegen die Bürgerblock-Reaktion an nichts anderes denken, als Frontkampf und

Reichsarbeitsausfluß der revolutionären Gewerkschafter Deutschlands

„Noch sind wir nicht so weit, die Verfassung zu ändern“

Ein wichtiges Eingeländnis des Herrn Marx

In seiner vorgezogenen Rede in Königsberg führte Marx u. a. folgendes aus:

Niemand wird die Weimarer Verfassung als so vollkommen betrachten, daß sie nicht in einzelnen Punkten verbesserten und ergänzt werden muß. Aber an diese Verbesserungsarbeiten wollen wir erst herangehen, wenn wir unser Haus gesichert haben und unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sehr gefestigt und beruhigt sind. Noch sind wir nicht so weit, und darum muß jeder national denkende Mann sich entschließen auf den Boden der Verfassung stellen und zur Verteidigung der Republik bereit sein.

Wenn man die Osterhoffigkeit Hindenburgs und die Rede, die Marx in Königsberg gehalten hat, vergleicht, so weiß man wahrhaftig nicht, welcher Unterschied zwischen Hindenburg und Marx besteht soll. Auch Hindenburg will die Verfassung nicht sofort ändern, sondern sich auf den Boden der gegebenen Verfassung stellen,

mit allen Mitteln jede Bewegung für sich örtlich und beruflich strengstens zu isolieren. Sie zerlegen den Kampfgeist, zerlegen die Kampfmittel, zerlegen den Einheitswillen, fähigen das Kraftbewußtsein des Proletariats und dann machen sie Schlichtungsverfahren, legen das Proletariat je nicht kampffähig, man müsse sich dem Schiedspräsidenten fügen, und läßt sich gar zu gern und willig von der Staatsbureaukratie durch die herrliche Methode der Verbindlichkeitsklärung „vergewaltigen“.

Diese Methode der zerstückelten Führung der Kämpfe, ihrer Abwägung durch Schlichtungsverfahren und Verbindlichkeitsklärungen, das ist praktisch die Beherrschung des Streikrechts, durchgeführt durch die Gewerkschaftsbureaukratie in Verbindung mit dem kapitalistischen Staatsapparat und zugunsten der großkapitalistischen Ausbeuter.

Angeht die Reisegefährden, die dem Proletariat durch diese Begünstigung der Unternehmertumsoffensive erwachsen, müssen wir darüber denn je

Die Revolutionierung der Gewerkschaften, ihren Ausbau als Klassenkampf-Organisationen und die Schaffung der nationalen wie internationalen gewerkschaftlichen Einheit

verrichten. Neue Verhandlungen zwischen den russischen und englischen Gewerkschaften sind in London im Gange. Die kontroversellere Sabotage, die der ADGB zugunsten der internationalen Reaktion gegenüber diesen Einheitsbestrebungen betreibt, müssen wir in Deutschland brechen. Deshalb:

Am 1. Mai begrüßt demonstrativ das englische Komitee für internationale Gewerkschaftseinheit, Ehre und Ehre und auch in Deutschland die revolutionäre Arbeit des Einheitskampfes.

Witten hinein in die einheitslichen Demonstrationen tragt unsere Kampfrufe: Für die Einheit, für den Klassenkampf, für die Sammlung der Massen in einheitslichen Gewerkschaftsorganisationen. Wir müssen und werden nur im Kampfe gegen die führende Gewerkschaftsbureaukratie, diese Hausmacht der Ausbeuter, die Gewerkschaftseinheit erzwingen.

Pazifistisch heimeiert der Amerikaner ADGB, über den Militarismus. Aber kein Wort weiß er zu sagen gegen den Völkerverbund, diesem Wertung der Amerikaner, kein Wort über die aturen Kriegesgefahren, kein Wort zu der immer offeneren und frecheren Kriegsvorbereitung der Amerikaner gegen Sowjet-Rußland.

Nieder mit dem Imperialismus! Wiber die rote Front! Schließt Euch zusammen mit Sowjet-Rußland! Das ist unser Kampfruf. Wer „Militarismus und Verdummheit“ bekämpfen und den neuen Weltkrieg verhindern will, muß begreifen, was Lenin schon während des Weltkrieges dem Proletariat einblies, daß der Kampf gegen den imperialistischen Krieg Bürgerkrieg bedeutet, den das Proletariat zur Verteidigung seiner Interessen zu führen gezwungen sein wird.

„Friede in den Häften“ wird nur sein, wenn die Arbeitermassen rücksichtslos den Klassenkampf gegen die Ausbeuter aufnehmen unter der alten Volung: „Krieg den Kapitalisten!“

Heraus aus den Betrieben! Heraus zu den Massenun- gebungen! Mit den Massen im Gleichschritt voran!

Gegen die internationale Reaktion, für die Weltherrschaft der Sowjets!

Gegen Kapitalsoffenheit und Bürgerblock, für die Herrschaft der Werktätigen!

Gegen die Gewerkschaftsbureaukratie, die Saboteure des Kampfwillens, für die Gewerkschaftseinheit!

Allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai! Vorwärts zum Massen- kampfe um den Achtstundentag!

Am 16. April zu leben, was sich machen läßt. Und einem solchen Mann wie Marx, der ganz deutlich und nüchtern auspricht, daß für ihn die Verfassung nur so lange Gültigkeit besitzt, bis die Zeit gekommen ist, wo man sie ändert, gibt die sozialdemokratische Führerschaft beinahe 8 Millionen Stimmen in die Hand. Die Kommunisten haben mit ihren Warnungen und ihrer Kampfbereitschaft die Arbeiterbewegung mehr als je zu befehlen. Sie werden auch heute recht behalten, wenn sie sagen, daß die Stimme für Marx nicht nur die Front der Schwerindustrie fahrt, sondern die Beschäftigten, wie sie sich in den letzten Jahren angehäuft haben, und die dadurch charakterisiert sind, daß den offenen Monarchisten immer mehr Einzug auf die Staats- und Verwaltungsgelassen eingeräumt werden, wieweit getrieben werden bis zur kapitalistischen Monarchie. Wird Marx Reichspräsident, so wird sich dieser Vorschlag nur langsam, aber mit um so größerer Sicherheit vollziehen. Wird Hindenburg Reichspräsident, wird die Entwicklung bedeutsam und durch die Beilegung für die Bourgeoisie gefährlicher werden. Die Entzündung zur kapitalistischen Monarchie kann nur dadurch hintangehalten werden, daß sich das Proletariat bekennt, daß es seine Truppen juristisch aus der Bekämpfung mit dem Bürgertum, indem es sich in der roten Arbeiterfront sammelt und vor dort den Gegenoffensive gegen die monarchistische Gefahr unternimmt. Ernst Thälmann, das heißt die kommunistische Partei, führt diese Front. Ernst Thälmann, als Vertreter der kommunistischen Partei, gilt es, am 28. April die Stimme zu geben.

Nach dem Sturze Herriots

Französische und deutsche Bourgeoisie

„Die Humanität“, unser Pariser Bruderorgan, bemerkt ganz richtig: Herriot fiel unter den Schlägen der schmählichen Reaktion, unter den Schlägen von Marfal, Millerand, Poincaré, der Männer von der Schwerindustrie, (comité des forges), der Advokaten und Agenten der Banken und der Finanzen.

Herriots beste Einigungsbildung auf die Anlage der ungeschicklichen Infektion war: „Ich tat nur, was meine Vorgänger auch taten.“ Voran seine Feinde erwiderten: „Warum habt Ihr uns die Regierung entwidnen, uns gestürzt im Mai, wenn Ihr doch daselbst tut, wie wir?“

Wenn zwei daselbst tun, ist es aber bekanntlich nicht daselbst. Die Infektionsgefahr war nur der Hebel, mit dem die Schwerindustrie, wöchentlich mit wohlwollender Unterstützung amerikanischer Finanzgruppen, die Regierung Herriot aus den Angeln hob.

Die linksbürgerlichen Kräfte tun ja, als ob der Linksblock trotz des Sturzes Herriots nach wie vor Herr der Situation sei. Dies mag noch richtig sein, einfach gemessen an den Stimmenzahlen der parlamentarischen Fraktionen; in der brutalen, außerparlamentarischen Wirklichkeit aber, die vom heutigen Parlament nicht mehr genau widergespiegelt wird, ist das Kräfteverhältnis ein anderes: die Hera des Linksblockes ist unwiderrlich vorbei, abgetan. Die „Humanität“ bemerkt sehr richtig, daß sich die Formel des „demokratischen Pazifismus“ als eitles Geschwätz erweisen habe. Statt wirkliche praktische Maßnahmen für die Volkswohlfahrt zu treffen, habe der Linksblock seine Kraft erschöpft mit unfruchtlichen Reden, mit Betonungen seines rein geistlichen Vorgehens und mit ohnmächtigen Protesten.

Und jetzt überrennt der Senat, dieser Hülfstrupp der Banken und der Großindustrie, das „radikale“ und „sozialistische“ Ministerium. Die weiße, schärfste Reaktion siegte, das ist der Triumph des brutalen nackten Kapitalismus.

Der Senat, der das allgemeine Stimmrecht befehlen will, eine Bande von rückständigen Krautjüngern im Verein mit den Großbankern der Banken und der Industrie, will das Wahlgesetz ändern. Und wieder kommen die „linken“ Trümeleure zum Vorschein. Man appelliert an die Sympathie des Präsidenten der Republik, der die Konstitution und die Herrschaft vom 11. Mai doch schützen werde vor dem reaktionären Senat.

Es ist nicht uninteressant, einige Parallelen zu ziehen zwischen der Entwicklung in Deutschland und der in Frankreich. Kurz die Etappen, die zum Sturze Herriots führten: Die französische Bourgeoisie hat so wenig Vertrauen in die Zukunft ihrer Klasse und ihres Landes, daß sie 20 Prozent ihrer Exportindustrie in fremden Händen anlegt; der Franzen sinkt, obwohl die Außenhandelsbilanz attio ist.

Herriot, der Mann der kleinen Rentner im Lande der kleinen Rentner, hatte die Verbindung mit Ausland wieder aufgenommen. Dies hätte genügt gegen entsprechende domestische Zugabehilfe zur teilweisen Verschönerung der durch den Bankrott des Jaurèsius geschädigten Kleinrentner geführt; jedenfalls knüpften sich in Frankreich an die Anerkennung der Sowjetregierung die buntesten, zum Teil ganz ungeduldeten Hoffnungen des kleinen Mannes.

Die Herren der Finanzkraft, der Banken und der längst international veranordneten Großindustrie wollen aber sich doch nicht das relativ spielend leichte „Bombengeschäft“ der Infektion entgehen lassen. Hier also war schon — so paradox es klingt — Herriot, der wegen der „Inflation“ kürzte, ein Hindernis; er konnte nicht gegen die wirtschaftlichen Interessen seiner „kleinen“ Wähler handeln.

Diese Gebundenheit hinderte Herriot auch nach der Völkerverbund- sichtigung in Genf im Herbst, weil genug nach rechts zu rücken. Zwar läßt er gegen die Kommunisten ein. In dieser Hinsicht beschränkte ihn die falsche Rechte zu unzeit der Arbeit. Aber er konnte nicht ganz müßig zuhause, wie die Dollar lastmattig die in Jahren mühsam unter schweren Opfern zusammengekammerte Oberhoheit Frankreichs in Polen, im Balkan, in der kleinen Entente fast spielend zerplänkt.

Chamberlains Jureben vermochten Herriot hier nicht unmutpreln; er fühlte, daß er stehe und falle mit diesem Großmannstrum des herrlichen französischen Kleinrentners.

Der völlige Zusammenbruch der Rhein-Ruhr-Politik bewirkt dann Herriots Sturz. Er bißt in gewissen Sinne für die Sünden Rühr-Vertrag.

Während die Lage der deutschen Bourgeoisie: Sie hatte aus den Oberverträgen 1923 mit dementsprechender Entschiedenheit ihre Lehren gezogen, als sie wider Erwarten ihren möglichen Ruin nicht scheitern ließ. Sätze doch Streifemann damals gerufen: „Wir sind die letzte bürgerliche Regierung.“ Also, sie biß in den lauren Spiel der wirtschaftlichen und politischen Damesierung. Dieser Bourgeoisie bleiben unter Dollars Wohlgefühl, als dem eigenen Proletariat ver- züht zu werden! Das hatten die Streikmänner begriffen. Der Verlauf der Dinge warf nun einige Strubel auf, als im Parlament im August der Dames-Ruhr über einige alte ideologische Risse der „Nationalen“ rutschte, aber der Rutsch gelang. Und wird befehligt und be- freitigt durch „Garantiepakt“ und „Völkerverbund gegen Sowjet- Land“, zum Teil mit dem teuren deutschen Vaterland, wenn's doch den verfluchten Proteien gebören soll! Es lebe der Profit. Die „Oberverträge“ steht hinter der Dames-Wirtschaft und Dames-Politik aller bürgerlichen Parteien — einseitig das SPD. — und steht hinter „Garantiepakt“ und „Eintritt in den Völkerverbund“. Die deutsche Bourgeoisie, verdratter und desillusioniert, möchte endlich zwischen „Vaterland“ und „Profit“ die Waage des Rechts. Es sollte ihre Aus- beuterinteressen über die Interessen des Volkes und des Bankeal

Es wird die Dinge in Frankreich aber noch nicht. Dort geht die Entwicklung zeitlich ziemlich weit — um etwa zwei Jahre — hinter der in Deutschland her.

Darum konnte Herriot nicht oder nicht fast genug einfließen, als der Dollar ihm durch Chamberlain in Genf zusammenhängen ließ: Einfließen! Garantie! Eintritt Deutschlands in den Völkerbund! Darum machte er manelange Plausen; denn ein Eingehen auf diese „amerikanischen“ Politik mag den Zusammenbruch der französischen Kontinentalhegemonie vor allen Augen, auch vor denen des politisch unwilligen Kleinbürgers in Frankreich offenbart.

Zunächst bewirkt Herriot's Judentum in der Frage des Garantiepaktes mit allem Drum und Dran, daß der amerikanische Imperialismus sehr ungeduldig wird. Coolidge erklärte, Frankreich erhält keine Milieugewinne mehr, und der Franzen hat, nach Coolidge fügte bei, Winion, sein „junger Mann“, komme nächst nach Europa, um „Schulen einzutreiben“. Frankreich müsse seine Schulen beschließen — und der Franzen fürzte. Und wenn der Mantel fällt, muß der Herzog nach; auch Herriot fürzte.

Es ist begreiflich, daß Bourcier, einer der Wähler dieses Sturzes, nicht Herriot's Finanzminister werden wollte. Künftig muß es, daß der „Linke“ Herriot nach, um sich zu halten, dem „Rechten“ Konzeptionen machte — das war vielleicht sogar das Klüglicste bei der ganzen Affäre.

Die „normale und schwere Lage“ in Frankreich kann natürlich weder durch ein „linkes“ noch durch ein „Rechtliches der Mitte“ entwirrt und gelöst werden. Wir werden vermuthlich, wie jetzt bei dem letzten Herbst in Preußen und im Reich, das französische Parlament eine Zeitlang als Stützpunkt haben, von der aus ein Reibwerk nach dem anderen sich in herrlichen Bögen hineinzwängt — zum Vortritt.

Sie die Stabilität der „Linken“ und des „Zentrums“ abgeleitet wird durch die insichselbst erhaltende Stabilität der reaktionären „Rechten“, die wie die deutsche Bourgeoisie, auf die Politik Amerikas gegen Komplexionen eingeht und die wirtschaftliche und politische „Dauerform“ Frankreichs abschleht.

Die reformistische Bonzokratie für Marx

Kein aufrichtiger Gewerkschafter kann diesen Wählentzug-Käuber Marx wählen!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 18. April.

Der „Bormärts“ veröffentlicht einen Aufsatz des ADGB, Wfo und ADL zur Wahl von Marx. Er schreibt u. a.: „Im Kampf gegen den Imperialismus, gegen die Vorkerrschaft des Unternehmertums und seiner politischen Hilfstruppen, im Kampfe gegen die politische und wirtschaftliche Freiheit ist es eine Pflicht, der Selbstbehaltung aller Gewerkschafter, am 26. April gegen Hindenburg für Wilhelm Marx zu stimmen.“

Wahrscheinlich behält die „Pflicht der Selbstbehaltung“ darin, daß der Wählentzug-Käuber Marx durch das Vertrauensotium der Wahl zu neuen Schlägen gegen das Proletariat im Auftrag der Schamerindustrie angereizt werden soll. Wer als aufrichtiger Gewerkschafter wirklich für die Klüderoberung des Wählentzuges kämpfen will, der kann nie und nimmer dem Rührgelehrten Marx die Stimme geben, sondern muß durch die Wahl des langjährigen revolutionären Gewerkschafters, des Transportarbeiters Ernst Thälmann, einsetzen für die rote Klientel, die allein in der Lage ist, gewerkschaftliche Ziele und Forderungen zu erkämpfen.

Sozialdemokratische Selbstklärung

(Von Arbeiterkorrespondenten H.)

Unter dem charakteristischen Titel: „Nationale Arbeit“, veröffentlicht die „Sozialistische Zeitung“ vom 12. April einen typisch sozialdemokratischen Artikel. Derselbe ist getarbt ein Schulbeispiel der doppelzüngigen sozialdemokratischen Politik. In den ersten Sätzen wird Ferdinand Lassale gepriesen. Die nächsten Zeilen bringen eine Beurteilung des Klassenegoismus und des Klassenkampfes überhaupt. Dann folgt eine Lobhymne auf die Gewerkschaften, die „im besten Sinne des Wortes im Allgemeinen Interesse gewirkt und nationale Arbeit geleistet.“

Was wir Kommunisten schon immer behauptet haben, daß die Gewerkschaften mit ihrer Zergliederungs- und Arbeitsgemeinschafts-politik den burgerlichen Klassenhaß getreut haben, wird hier zu sprechen. Es will damit bemerken, daß die sozialdemokratische

Rantsch



Wählt MARX

Endlich „Marxist“!

Bonzokratie ein notwendiger Bestandteil und unentbehrlicher Faktor bei der Ausplünderung der Massen ist.

Durch den Artikel zeigt sich wie ein roter Faden, daß die Sozialdemokratie totalitonsfähig ist und Anspruch auf Ministerstellen hat. Selbst die Deutsche Volkspartei habe in den Ruf eingestimmt: „Sozialdemokraten vor die Front!“

Der Radikale, daß die Sozialdemokratie in ihren Reihen Leute hat, die nationaler als die Deutschnationalen sind, ist zelllos erbracht. Ihre Polemik gegen die Kandidatur Hindenburgs zur Reichspräsidentenwahl ist überflüssig, denn die Kandidatur Marx ist ein Regime der pfäfflichen Reaktion und untersteifend für gar nicht zu be- cistieren. In der Ausplünderung der wertvollsten Bevölkerung sind sich beide einig.

Der Arbeitskollege, der beim ersten Wahlgang Braun gewählt

Die „linken“ sozialdemokratischen Helden

Sie können schreiben links und können schreiben rechts, ganz wie der — Parteivorstand befehlt

Man weiß nicht, worüber man sich mehr wundern soll, über die Schamlosigkeit, mit der die SPD-Presse heute denselben Marx über den grünen Klee lobt, den sie noch gestern verdornt hat, oder über die Kammesgabe sozialdemokratischer Arbeiter, mit der sie diesen offenkundigen Schwindel und diese politische Falschmünzerei hinhimmeln.

Um diese Verlogenheit, die besonders den sogenannten linken Sozialdemokraten eigen ist, den sozialdemokratischen Arbeitern auch klarzumachen, soll hier versucht werden, stellen wir nachfolgend nur zwei Zitate der „Reiziger Volkszeitung“ nebeneinander. Das eine Zitat stammt aus der Zeit vor der offiziellen Konfirmierung des Rührgelehrten Marx durch den SPD-Parteivorstand zum sozialdemokratischen Kandidaten, das zweite ist aus der Zeit nach dem Befehl des Parteivorstandes, für Marx zu stimmen. Die „linken“ Helden bekommen es glatt fertig, sich folgendes-maßen selbst zu obrefragen:

„Reiziger Volkszeitung“

Marx am 2. April

Herr Dr. Marx wird einige salbungsvolle Phrasen finden. Sonst aber wird er der Diktator der großkapitalistischen Verbände ebenso folgen, wie Dr. Jares.

Was aber untereinander heißt Herr Dr. Marx oder die Zentrumspartei von den Vertretern Dr. Stresemanns? Darüber haben gerade die letzten Reichstagsverhandlungen jeben nur unheimlichen Aufschrei gegeben. Die Einheitsfront von Marx bis Graefe himme sämtliche sozialdemokratischen Anträge für die Beibehaltung der Grundschule nieder. Herr Dr. Marx wird auch fürberhin an die Bestrebungen unterstützen, die uns auf den Weg der Kulturreaktion führen werden.

Das Zentrum ist in der Aufwertungsfrage mit Dr. Bergt durch dick und dünn gegangen. Neben Aufwertungsstreben dürfte es schwer fallen, Dr. Marx zu wählen.

Ein Kommentar dazu erübrigt sich. Kein ehrlicher Arbeiter kann einen solchen Schwindel mitmachen. Die Kommunisten brauchen nicht umzufallen. Sie haben auch im zweiten Wahlgang den

Arbeiter Ernst Thälmann

als Kandidaten. Er und nicht der zentrumspfäffliche Rührgelehrte-Marx verdient die Stimme eines jeden aufrichtigen Proleten.

hat, muß aufgefährt werden, daß in Deutschland nicht der Kaiser oder der Papst zu regieren hat, sondern, daß wir für den Arbeiter Thälmann einsetzen müssen, wenn wir dem Blut- und Schandblutigen Gewerks zu Leibe wollen.

Die Spiegelreflektierte Gewerks über den Begriff „Demokratie“ imponiert uns wenig, wir wissen, was wir davon zu halten haben. Der feige Proletariatsmord am 13. März im „Volkspar“ zu Halle ist die beste Illustration zu dem „Siege der Demokratie“. Es fallen fürnächste Beispiele anführen, wie revolutionäre Arbeiter Opfer der Barbarei der kapitalistischen Verwaltungorgane des Klassenhaates wurden. Der ehrliche Arbeiter, der sich nicht mitzubilden an den Gewerks- und Kasse-Methoden machen will, gibt seine Stimme den Hamburger Arbeiter

Ernst Thälmann

Sparer entscheidet Euch!

In den letzten Wochen haben mehrere Sparer- und Hypothekengläubiger-Organisationen zur Präsidentenwahl Stellung genommen. Sie haben Wahlenthaltung beschlossen, weil sowohl Marx wie Hindenburg als Vertreter der Finanz-, Industrie- und Großagariertreue ihre Interessen nicht vertreten, sondern

verraten. Die Sparer und Hypothekengläubiger haben schlechte Erfahrungen gemacht. Bevor die Deutschnationalen Luftherr-Entführung aus Ruher kam, verpfändeten ihnen die Deutschnationalen als Oppositionspartei den Himmel auf Erden. Von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei wurde die betrügerische Hypothekenzuweisung beschlossen. Jetzt, wo die Deutschnationalen an der Regierung sind und die Sozialdemokraten sich in Opposition befinden, legen die Deutschnationalen einen neuen betrügerischen Aufwertungsantrag vor, der ihre früheren Maßverpflichtungen ins Gesicht schlägt. Heute aber sind es dieselben Sozialdemokraten, die sich den Anleihen geben, als würden sie mehr für die betrogenen Sparer herauszählen.

Die kleinen Sparer und Hypothekengläubiger haben recht, keine dieser Parteien wird ihre berechtigten Forderungen erfüllen. Durch Verschwendung sollen sie als Stimmvieh erkaufte werden. Aber mit ihrer passiven Haltung werden sie keinen Schritt weiter kommen. Der jetzige Staat — in dem die Großkapitalisten die kleinen Sparer enteignet hat, herrscht wird sie zugrunde gehen lassen. Den Kampf um ihre Rettung müssen die kleinen Sparer und Hypothekengläubiger mit dem Kampf der Arbeiter gegen die kapitalistischen Unterdrücker verbinden.

Am 26. April heißt die Parole nicht Wahlenthaltung, sondern Einreise in die Klassenfront des gesamten Proletariats durch Wahl des Kommunisten Thälmann!

Sozialdemokratische Arbeiter, so leben Eure Führer aus!

Freß- und Saugorgien auf Kosten Barmats

(Eig. Drahtm.) Berlin, 16. April.

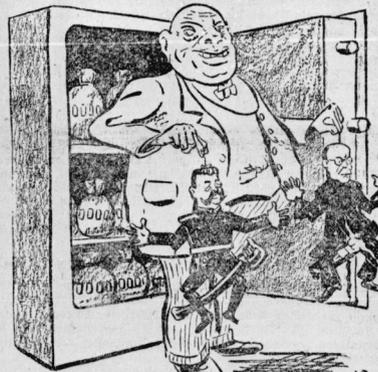
Im Barmat-Ausbruch wurden die Direktoren des Bristol-Hotels vernommen und beauftragt, daß sozialdemokratische Führer, namentlich Sellmann, Bauer, Wels und Wiedler, sich tägliche Barmats nuten. Die Rechnungen für alle Schlemereien sind seit von Barmat beglichen worden.

Die Schuld des Grubenkapitals an der Explosion auf „Minister Stein“ festgestellt

Wann werden die kapitalistischen Mörder verurteilt?

(Eig. Drahtm.) Essen, 16. April.

Der Bericht des erweiterten Unfallauschusses der Grubenversicherungskommission Dortmund über die Explosion auf der Zeche „Minister Stein“ am 11. Februar 1925 ist zur Veröffentlichung gelangt. In dem amtlichen Bericht werden Barmat's (sowohl als auch Bergschöden) und damit die Schuld dieser Stellen an dem entsetzlichen Massenunglück auf „Minister Stein“ gegeben. Nur die zwei Vertreter des Grubenkapitals stimmen gegen eingehende Teile des in dem Bericht niedergelegten Untersuchungsergebnisses.



Doppelte Sicherheit für den Geldschrank

Sozialdemokraten und Monarchisten im Leuna-Werf Arm in Arm

Nur die rote Front kämpft gegen die Monarchisten — Denkt daran am 26. April!

Aus gewerkschaftlichen Kreisen schreibt man uns:

Noch ist jedem Arbeiter das Resultat der Betriebsratswahl Leuna in Erinnerung. Gewählt wurden 13 APD, 6 SPD, 3 Nationalen. Die offene monarchistische Liste wurde in diesem Jahre, und zwar mit Unterstützung der Direktion, zum ersten Male eingeweiht. Die Antikämpfer glauben, daß, wenn zwei Fronten, eine sozialdemokratische und eine monarchistische, der APD-Liste entgegengestellt würden, die Kommunisten geschlagen werden müßten. Im übrigen wüßten die Drahtzieher längst, daß, wo es auch sei, die sozialdemokratisch-monarchistischen Betriebsräte geschlossen gegen die roten Betriebsräte marschieren würden. Da darüber eine spezifische Vereinbarung mit dem Sozialdemokraten Daniel getroffen wurde, entschied sich bis zur Stunde unserer Kenntnis. Nun, das Wahlergebnis beweist, daß alle Spekulationen auf eine Niederlage der Kommunisten sich als verfehlt erweisen haben. Die klassenbewußte Leunaarbeiterschaft hat sich unter den in Leuna bestehenden Verhältnissen geradezu glänzend gehalten. Einbers liegt es mit der Spekulation der Direktion, daß ihre Getreuen Sozialdemokraten und Monarchisten, gegen die roten Betriebsräte stimmen würden.

Am Dienstag trat der neugewählte Betriebs- und Angestelltenrat zusammen, um den Vorwissen und die Ausschüsse zu wählen. Es fanden sich gegenüber: 13 Kommunisten, 6 Sozialdemokraten, 3 Nationalisten und 3 Angehörige. Für den aus fünf Mann bestehenden Ausschuß wurden zwei sozialistische eingetragt, und zwar: Erich, Reuß, Aliger (APD) und Daniel, Wäberstein, Mittag (SPD). Bei der Wahl besaß sich ein Teil der SPD-Liste gewählter Freigewerkschafter, der es unter seiner Würde fand, mit den Monarchisten zusammen zu wählen, eines anderen. Er gab seine Stimme der roten Liste Erich, auf die 14 Stimmen entfielen, während die vereinigte sozialdemokratisch-monarchistische Liste nur 13 Stimmen erhielt. Herr Daniel, der sich schon in die Postur eines Siegers geworfen hatte, war ob des Ergebnisses ganz verblüfft. Der Treue der Monarchisten hatte er sich doch genau vergewissert. Da es noch einen ehrlichen Freigewerkschafter seiner eigenen Liste geben würde, daran hatte Daniel gar nicht im Ernst gedacht. Da die Wahl nach dem Reichstagswahltag erfolgt, war das Ergebnis der Ausschußwahl: 3 rote Betriebsräte und 2 sozialdemokratisch-monarchistische. Genosse Erich (APD) wurde Vorsitzender (nicht Daniel, liebes Schmierblätchen von Harz!). Das „Volksblatt“, das noch keine Ahnung von dem Ausgang der Ausschußwahl hatte, aber bestimmt von der Einheitsfront der Sozial-

demokraten und Monarchisten wußte, jubelte schon in der Mittwoch-Nummer in einem Artikel, der die Ueberlistung „Geistliche Siegesfreude der Kapellen im Leunawerf“ trägt. Das Ergebnis ist die treffende Antwort für die sozialdemokratische Gauerei, die offiziell das Zusammengehen mit den Monarchisten abzuleugnen versuchte, inoffiziell aber die Einheitsfront mit dem Stahlhelm-gehebel herstellte. Noch deutlicher als bei der Ausschlußwahl, die geheim war, trat die Einheitsfront bei den Reichstagswahlen in Erscheinung. Aus gewisser Disziplin stimmten die vorher selbigeleiten vereinigten Sozialdemokraten-Monarchisten 14 Mann hart für ihre Vorhölzer. So sehen wir in der Reichstagskommission 2 Sozialdemokraten und 1 Monarchisten. Die Vorhölzer der roten Betriebsräte wurden ganz offen von dem sozialdemokratisch-monarchistischen Block, der über 14 Stimmen verlegte, niedergestimmt.

Nur da, wo es mirklisch Arbeit gab, enthielten sie sich zum Teil der Stimme, wie bei der Wahl des Schriftführers, wo der Genosse Regel gewählt wurde.

Die Vorgänge bei den Betriebsrätemahlen im Leunawerf zeigen mit aller Deutlichkeit auf, wer praktisch mit den Monarchisten zusammengeht. Die Sozialdemokraten sind es, die lieber mit dem Stahlhelm zusammen operieren, als daß sie mit den roten Betriebsräten die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Geschäfte der Betriebsrätemahlen im Leunawerf gibt den Beweis dafür, daß es ein Schandmal ist, wenn sich die Sozialdemokraten als die grundlegenden Befürworter der Monarchisten aufspielen. Das müssen vor allen Dingen auch die Arbeiter be-rücksichtigen am 26. April, wo die Sozialdemokratie angeblich zur Rettung der Republik für den Zentrumsmarx stimmen wird. Nichts zeigt so deutlich auf, daß die rote Front allein die Monarchisten grundständig bekämpft, als die Ereignisse im Leunawerf. Es darf also nicht dabei bleiben, daß die Arbeiter nur in den Betrieben zu ihren roten Betriebsräten stehen, sondern jeder Klassenbewußte Proletarier muß darüber hinaus auch in der gesamten Politik mitfahren am Aufbau der roten Front, dieser roten Front des Klassenkampfes. Die erste Gelegenheit dazu bietet die Wahl am 26. April. Keine Stimme für den Monarchisten Hindenburg, keine Stimme für den halbmonarchistischen Marx, sondern alle Stimmen für den roten Kandidaten, den Arbeiter Ernst Thälmann.

Die Waidoyers für Margies, Szon, Hude und Stoblewski

Am 13. und 14. Verhandlungstag werden von Rechtsanwalt v. Bagnato die Todesurteile Margies und Szon, von Rechtsanwalt Brandt die Angeklagte Hude, von den Rechtsanwältinnen Marischer und Kelenz die Angeklagte Stoblewski noch einmal verteidigt. Bagnato führt aus: Die ganze Vernehmungstätigkeit spielt in der Zeit des Parteierdotes, in der gar keine wirkliche KPD bestand, gar keine Parteiochane und verantwortliche Führer festgestellt werden können. Schon aus diesem Grunde ist es völlig unmöglich, von einem Zusammenhang der Gruppe Neumann mit der KPD zu reden. Bei der Einordnung Mathenans, der innerlich nicht vom Schicksal des Epheus Kauls war, hat jener Ernst Werner Lechow das Wort mit den Wörtern und Worten gewahrt und in Schilffische gebracht. Lediglich lediglich wegen Weichte zum Wort befragt werden, weil er in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis militärischer Art gestanden habe. Und da wagt man gegen Szon die Todesstrafe zu beantragen! Ein Auto mit falscherer Plattenfahrt gegen das Opfer führen und ein Missetat nur flüchtig herbeizeln: Das sind zwei sehr verschiedene Dinge.

Schon wenig kann Margies wegen Mittertätschaft im Falle Kauls verurteilt werden. Die Begründung des Rechtsanwalts, Margies habe Schmirer gehalten, bricht in sich selbst zusammen. Margies hat dies rühmend bestritten, Neumann auf einseitigen Befragen ebenfalls. Solange die Angeklagten nicht widerlegt sind, liegt die Last im Gegenteil nicht durch Neumanns Schilderungen bekräftigt werden, kann unmöglich von Mittertätschaft die Rede sein. Auf Grund von Dichtungen und Vermutungen kann man kein Todesurteil fällen.

Im weiteren verplündert Rechtsanwalt v. Bagnato alle Anschuldigungen, die die Angeklagten nach in wesentlichen Fällen gegen Margies erhoben hatte. Er sagt dann sein Waidoyer aus: Angesichts der Tatsache, daß im ganzen Fall ein Tod in die Luft geschossen wurde, müssen die Strafmaßregeln des Rechtsanwalts in der ganzen Welt unvorstellbar erscheinen. Man kann doch nicht mangels vorliegender Taten die Gedanken unter Todesstrafe stellen. Jede Verurteilung des Rechtsanwalts des Volkes rührt sich auf schmerzliche Weise. Ich würde erwarten, daß meiner Darstellung der Rechtsanwalts seine Anträge gegen Szon und Margies sofort fallen ließe. Es ist eine Kleinigkeit, gegen einen Menschen die Todesstrafe zu beantragen. Das ist nur möglich bei absolut klarem Sambewusstsein und absolut einwandfreier Beweismäßigkeit. Weibes fehlt bei Margies und Szon.

Nachdem Rechtsanwalt v. Bagnato gesprochen hat, erregt der hiesige Verteidiger des Angeklagten der Brandt das Wort: Gegen Hude, als den angeblichen Verbindungsmann zwischen Neumann und „Selmut“, hat Dr. Neumann der KPD Justizhaus wegen Hude zum vorbereiteten Hochverrat beantragt. Hude kann außer kommunistische Verbindung und ganz unangeordneten Potenzen nicht das Verbrechen vorgenommen werden. Brandt betont, daß er mit den Kommunisten nicht einmal Kontakt gehabt habe, auch wenn seine Verteidiger in diesem Prozeß eine künstlich auszuweisen Jünger vor Gericht zu bezeugen gedente? Niemals, so erklärt er, sei er früher an einen Prozeß mit dem Gefühl herangetragen, daß schon im Vorverfahren das Urteil festgesetzt worden sei. Und niemals habe er etwas Prozeß erlebt, in dem heranzit mit Spitzeln gearbeitet wurde. Schließlich hätte man doch aus erwarten dürfen, daß die Polizei ihre eigenen Interessen, d. h. ihre Stille, nicht über das Leben von eventuell unschuldigen Menschen stelle, die um ihren Hals kämpfen.

Rechtsanwalt Brandt beantragt im Falle Hude prinzipiell die Freisprechung. Er endet sein Waidoyer in späteren Maßnahme mit folgenden Sätzen:

„Es magst mit Freie, einzutreten für einen Menschen, der aus innerer politischer Überzeugung und Begeisterung gehandelt hat. Steht er aus innerer Leidenschaft für die Ziele der kommunistischen Partei eintritt. Einer der Angeklagten, gegen den die Todesstrafe beantragt ist (Brandt deutet auf Margies) hat das Wort geprägt:

„Ich wollte, die Todesstrafe würde nicht nur anerkannt, sondern auch vollstreckt, denn dann gäbe es Wasser auf die Mühle der Partei.“

Ich war erschüttert über die Größe dieses Mannes, der erklärt: Ich lege meinen Kopf auf den Block, wenn nur die Partei lebt und vorwärts schreitet. Ich, der ich kein Kommunist bin, warne den Staatsgerichtshof vor drakonischen Urteilen!“

Am 14. Verhandlungstag (Mittwoch, dem 13. April) erregt der Rechtsanwalt Marischer das Wort zum Waidoyer über den Fall Stoblewski. Marischer führt aus: Der Bericht der Anklageschrift mit dem Ergebnis der Hauptverhandlung zeigt jeden unvoreingenommenen Beobachter, daß das künstliche Gebäude des Anklägers nicht nur aus schwerer erschüttert, sondern zusammengebrochen ist. Trotzdem hat der Dr. Neumann es gewagt, mit 5 oder 6 Sätzen der „Begründung“ den Kopf des hiesigen Oberleiters zu verlangen. Der hiesige Rechtsanwalt Marischer sprach den ganzen Vormittag in öffentlicher Sitzung und stellte mit nüchternen Sachlichkeit, auf den letzten Punkt der Anklage eingehend, hindeutend das Bild der Wirklichkeit wieder her. Seine Verteidigungsrede gruppierte sich um die zwei Punkte: Ist Neumann von Selmut angeklagt? Ist der angebliche Selmut identisch mit dem Angeklagten Stoblewski? Welt wurde. Schließlich hätte man doch aus erwarten dürfen, daß die Polizei ihre eigenen Interessen, d. h. ihre Stille, nicht über das Leben von eventuell unschuldigen Menschen stelle, die um ihren Hals kämpfen.

An der Nachmittagssitzung plädiert der Offizialverteidiger Dr. Goldstein für den Spiegel König, Johann Dr. Simon für das Ehepaar Besse. Im letzten Fall wird von der Verteidigung Freisprechung und Schadenersatz für die erlittene Unterdrückung beantragt. Damit sind im wesentlichen die Waidoyers der Verteidigung beendet.

Ausland

Demonstration für Sunatsen und gegen den Weltimperialismus

Paris, 14. April.

Am vergangenen Sonntag wurde in Paris von der Komintern-Partei, der KPD und der KJ. China ein großes Meeting veranstaltet. Die Versammlung war besetzt von einer riesigen Menge, insbesondere nahmen daran teil die verschiedensten Völker und Nationen. Als Redner traten ein kommunistischer Arbeiter und Arbeiter, aus Indien, China, Korea, Sympathisierendes aus Arabien, Japan, Indien, China, Korea, Algerien, Ägypten, Zentralafrika, den Antillen. Die Redner überbrachten der großen chinesischen Revolution die Grüße ihres Landes und brandmarkten den räuberischen Charakter des Weltimperialismus. Die Union der Gewerkschaften war durch Solme und die KPD durch Ballant Courtner vertreten. Die Versammlung wurde außerdem durch die Redner der KPD, die die Union der Gewerkschaften und die KPD, die die unterdrückten Nationen unter die Flagge des Imperialismus und genügend Kraft besaßen, um sie in ihrem Kampf um die Befreiung zum Siege zu versehen. Die Antrags wurden mit großer

Begeisterung aufgenommen. In wiederholten Malen erhob sich die Teilnahme und stimmte die „Internationale“ an. Mit den Rufen: „Es lebe Sowjet-Rußland!“ „Es lebe Lenin und Sunatsen!“ schloß die Versammlung.

Das ungeheuerliche Mordbistum der Zantoff-Regierung

Sofia, 16. April.

Der bulgarische Kriegsminister hat im Einverständnis mit dem Kabinett Zantoff allen Militärbehörden folgenden Geheimbefehl ausgehändigt:

„Jede Garnison muß in Verbindung treten zu den Orlowkomitees der Regierungspartei, um über die Mittel des Kampfes gegen die Aggressoren die kommunistische Partei zu beraten. Man muß sowohl gegen die einen, als gegen die anderen mit unerbittlicher Strenge vorgehen und die intelligenten und mutigen ihrer Anhänger schärfstens beistimmen. Man muß auf dem jenseitigen Wege einen tiefen Vertrauensverhältnis aufstellen, damit wir im Augenblick, wo wir die Offensive gegen sie unternehmen, imstande sind, alle Führer zu töten, ganz gleich, ob sie feindlich sind oder nicht. In den Orten, wo die (kommunistischen, die Red.) Kämpfer ausbrechen, müssen wir alle Anführer, die in unsere Hände fallen, samt ihren Mitteräten und ihren Familien töten und ihre Häuser in Brand stecken. Um Opfer auf unserer Seite zu vermeiden, müssen wir in den Fällen, wo die Anführer sich in einem Saule verhalten, dieses Saule angreifen. Jede Garnison muß mit Bomben und Granaten versehen sein, die die Häuser der Anführer mit Petroleum zu übergehen. Alle Anführer, die in unsere Hände fallen, müssen innerhalb 24 Stunden vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt werden. Daselbst gilt für die Offiziere, die sich weigern, zu gehorchen. Die Offiziere niederen Grades müssen von diesem Geheimbefehl in Kenntnis gesetzt werden. Diejenigen, die ihn verstoßen, werden unverzüglich hingerichtet werden.“

Theaterentat auf den König von Bulgarien

Der Schwindel von der „kommunistischen Räuberbande“

Die hiesigen Presseagenturen melden einen Ueberfall auf den König Boris von Bulgarien. Es ist außerordentlich interessant, bei den verschiedenen Meldungen, die über diesen Fall in die Welt hinausgeschickt werden, die ganze Ungeheuerlichkeit solcher kriminalistischer Prozeduren aufzuzeigen. Die erste vom WZB und von der Redaktion vertriebene Meldung betonte natürlich, daß eine „kommunistische Räuberbande“ das Auto des Königs überfallen habe, seine Begleiter getötet wurden, der König selbst aber zwar mit seinem Auto gegen einen Baum gefahren sei, aber doch unverletzt gerettet wurde. Nachdem demgemäß das Märchen von der kommunistischen Räuberbande durch alle Telegrammagenturen verbreitet worden war, leitete der hiesige hiesige WZB, das das Mordbrotentat Zantoffs gegen die Arbeiter und Bauern in Bulgarien zu verurteilen, konnte man sich dann schon leisten, etwas näher der Wahrheit zu kommen. Und so konnte man schon eingesehen, daß es sich überhaupt um keinen politischen Anschlag gehandelt habe, sondern nur um einen Räuberüberfall auf gewöhnlichen Sandkisten, die seine Abnung gehabt hätte, daß in dem Auto der

König saß. Als sie ihren „lieben König“ jedoch erkannt hätten, da hätten sie sich unter Entschuldigungen aus dem Staube gemacht. Die ganze Geschichte trägt nun noch mehr den Stempel der Lüge an der Stirn. Es liegt auf der Hand, daß Zantoff selbst diesen Mordbrotentat auf den König inoffiziell hat, und die stark rampantierte Popularität des Königs Boris etwas aufzubügeln. Das erweist man auch aus dem Kammel, der sofort nach der „wunderbaren Rettung des Königs“ in Sofia inoffiziell worden ist. Es wurde sofort ein Dankesgesandtschaft an demselben, Demonstrationen wurden auf die Beine gebracht, an deren Spitze Zantoff marschierte. Der König, so melden alle bürgerlichen Telegrammagenturen, sei mit ungeheurer Beifall überall begrüßt worden, wo er sich nur gezeigt habe. Es ist selbstverständlich, daß bei einem solchen Kammel natürlich die ganze bulgarische Regierung feiert. Der Stellvertreter des Reichspräsidenten, Dr. Simons, hat dieses Theaterentat zum Anlaß genommen, um „Seiner Majestät den Glückwunsch des bulgarischen Volkes zu der wunderbaren Errettung zu übermitteln.“ Und Streleman begab sich auf den bulgarischen Gefährtsfahrer in Berlin und sprach denselben Glückwunsch im Namen der deutschen Reichsregierung aus.

Blutjustiz gegen Kommunisten

(Sig. Draht.) Rom, 16. April.

Die Mitglieder des italienischen Parlamentes, Genossen Welt und Justizhaus haben gegen Betrug auf dem Kommunismusausschuss durch Erschießen hingerichtet worden.

Kabinett Painlevés mit Brand und der Monzie

(TU.) Paris, 15. April.

Kabinettsrat die Regierungsbildung angenommen. „Ceuvre“ nennt die Ministerliste.

Ministerpräsident u. Kriegsminister:	Painlevé
Außenminister:	Brand
Sozialminister:	Renoult
Finanzminister:	de Monzie
Innerer:	Chaumemps
Kolonialminister:	Loucheur
Marine:	Armandbau
Landwirtschaft:	Dumestil
Wiederbau:	Quellie
Öffentliche Arbeiten:	Paulig
Sanktionen:	Antierou
Arbeitsminister:	Leval
Verflichter Unterricht:	Chapault.

Das Blatt trägt nicht, ob die Liste offiziell ist. Am Vormittag hat Painlevé Callaure, der sich auf seinem Landgut bei Ramers aufgehalten, gesehen, sich sofort zu einer Besprechung zu ihm zu begeben und ihm mit einem Auto abholen zu lassen. Der sozialistische Nationalkongress fand in Painlevé eine Abordnung, die ihm mitteilte, daß die Sozialisten eine aktive Mitwirkung auch an seinem Kabinett nicht in Erwägung ziehen könnten, dagegen aber bereit seien, die bisherige Unterstützung in vollem Umfange fortzusetzen.

Einheitsmanifest der englischen und russischen Gewerkschaften

Wir haben bereits gestern in einer kurzen Note den erläuternden Entwurf der englisch-russischen Einheitskonferenz der Gewerkschaften mitgeteilt. Heute sind wir der Lage, näher Einzelheiten mitteilen zu können.

London, 14. April.

„Daily Herald“ veröffentlicht unter der großen Überschrift „Einheitsmanifest“ die Einheitskonferenz der englischen und russischen Gewerkschaften. Der Bericht vorausgesetzte kurze Auszug zeigt schon die ungeheure Bedeutung dieses Ergebnisses der Londoner Konferenz. In diesem Auszug heißt es:

„Der Frieden ist gefährdet, weil die Arbeiterschaft nicht einig ist über die Sanktionen, die gegen die Arbeiterschaft herabzulesen. — Der Angriff auf die Arbeiterschaft — Vorstoß für eine bedingungslose Konferenz der (Amerikaner) Gewerkschaften internationale mit den russischen Gewerkschaften.“

Das wichtigste Ergebnis der englisch-russischen Einheitskonferenz in London ist: das Über-Entscheidung gemeinsamer Bemühungen, um eine

unmittelbare bedingungslose Konferenz der Amerikaner Gewerkschaften internationale mit den Vertretern der russischen Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen. Zu diesem Zwecke wurde ein gemeinsames englisch-russisches Komitee zur Förderung der Einheitskonferenz der englischen und russischen Gewerkschaften ins Leben gerufen. In dem von den englischen und russischen Gewerkschaftsvertretern herausgegebenen Erklärung heißt es u. a.:

„Die Konferenz vertritt 11 Millionen organisierte Arbeiter. Die russischen Beifällige bedeuten den allerhöchsten Schritt im Laufe der Verhandlungen zwischen Amerikanern, den englischen und den russischen Gewerkschaften. Nach der Schlichtung dieser Verhandlungen sowie der Annäherung der englischen und russischen Verbände heißt es: Es werden gemeinsame Bemühungen vorgehen, um die Amerikaner Internationale in gutem Willen dazu zu bewegen, einer freien, bedingungslosen und unmittelbaren Konferenz mit den russischen Gewerkschaften zustimmen. Das hiesige englisch-russische Komitee wird aus den Sekretären und Vorsitzenden der beiden Gewerkschaftsverbände sowie aus je drei Vertretern jedes Landes gebildet.“

Dieses historische Dokument der Gewerkschaftsbewegung erklärt, die nationale und internationale Gewerkschaftsbeziehung mußte als die erste notwendige Bedingung für die Schlichtung der Arbeiter gegen Kapitalbewegung beizugehen. Die Positionen der Arbeiter gegen die Kapitalbewegung zu verteidigen und die sozialen und politischen Forderungen der organisierten Arbeiter zu erfüllen. Die politische Situation ist in fast allen sogenannten zivilisierten Ländern durch die Reaktion beherrscht und in den meisten Ländern ist die wachsende Macht der gestiegenen kapitalistischen Interessen zu bemerken. Dies beweisen auch die fortwährenden Verfolgungen der führenden Gewerkschaftler, die von den Unternehmern verfolgt, eingekerkert und gequält werden.

Auf industriellem und wirtschaftlichem Gebiet haben die Kapitalisten aller Länder ihre Einheitsfront gebildet — eine Einheitsfront zur Ausbeutung der Arbeiter aller Länder.

In derselben Zeit und die Arbeiter weltweit, in manchen Ländern sogar in sich bekämpfenden Gewerkschaftsgruppen. Statt den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen, führen sie Kämpfe unter sich.

In fast allen Ländern werden in Folge der wachsenden Macht der Kapitalistenklasse und der Unmöglichkeit der Arbeiter die Vorteile, die betreffend die vergrößerte Arbeitszeit und höhere Löhne, verloren zu gehen. So der Kapitalismus nicht verlassen, sich er beherrscht. In vielen Industrien wurde die Arbeitszeit auf 8, 10, 12, ja sogar 14 Stunden verlängert. Millionen von Arbeitern sind arbeitslos. Die Löhne, die nie ausgereicht haben, eine angemessene Lebenshaltung der Arbeiter zu sichern, wurden um 20, 30, ja 40 Prozent reduziert. Die Lebenshaltung in vielen Ländern ist unter der der Fortschritt.

Die Hoffnungen auf bessere Zeiten, die in den Arbeitern kurz

nach dem Weltkrieg gelebt haben und die von Kapitalisten Politikern dazu mißbraucht worden sind, um von ihnen die ungehörigen Opfer zu verlangen, sind jetzt verschwunden und machen der Verzweiflung Platz.

Die Verhandlungen der Kapitalisten und der Kapitalisten während und unmittelbar nach dem Krieg wurden nicht geschlossen. Das blinde Vertrauen der Arbeiter, in dem sie für ihre repressiven Regierungen in den Krieg zogen, wo Millionen von ihnen hingerodet wurden, wurde zerstört.

Es wird ein neuer Krieg vorbereitet, der weit fürchterlicher und erschütternder ist, als alle bisher bekannten Kriege. Neue Verunsicherungen werden vorbereitet. Die Chemiker und Wissenschaftler der europäischen Länder gebrauchen ihr Wissen, um neue fürchterliche Waffen zu erfinden, die nicht nur gegen die Soldaten, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung verwendet werden sollen.

In derselben Zeit sollen sogenannte Währungsreformen gegen die Arbeiterklasse durchzuführen. Sie werden dazu benutzt, die Arbeiter zu zerschlagen und sie in ein lautes Schreien zu zwingen.

Es gibt nur eine Macht, die die Menschheit vor einer neuen Arbeiterkatastrophe retten kann. Es gibt nur eine Macht, die die Arbeiter aller Länder vor der politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung und Tyrannei schützen kann.

Es gibt nur eine Macht, die Freiheit, Wohlfahrt, Glück und Frieden für die Arbeiterklasse und die Menschheit gewährleisten kann.

Diese Macht ist die Arbeiterklasse selbst, wenn sie gut organisiert, Kraft bündelt, sich selbst vertraut und bereit ist, alles zu bestimmen, was ihrer endgültigen Befreiung im Wege steht.

Wenn die Arbeiterklasse sich nach Ländern und international einigt, bildet sie eine unüberwindliche Barriere gegen die kapitalistische Unterdrückung und eine unbesiegbare Sicherung des Friedens und der wirtschaftlichen Sicherheit.

Die Arbeiter sind fähig, all die unterdrückten, die durch ihre reaktionären Tendenzen die Uneinigkeit der Arbeiter weiter zu halten wollen.

Solange das kapitalistische System besteht, besteht auch die Kriegsgefahr. Die Kämpfe um die Vormacht zwischen den führenden Gruppen der Ausbeuter werden in der Zukunft ebenso wie in der Vergangenheit eine neue Krise heraufbeschwören und die Arbeiter der Welt in einen neuen verhängnisvollen Krieg führen.

Das ist der Grund, weshalb die Konferenz, die in Moskau zwischen den Vertretern der englischen und russischen Arbeiter geschlossene Vereinigung, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse als die beste Bürgschaft des Weltfriedens zu fördern und die Konferenz zwischen Amsterdam und Moskau herbeizuführen.

Die Konferenz erklärt, alles nur Mögliche für die Verwirklichung der internationalen Einheit zu tun. Die Bedeutung dieser Einheit wird von Millionen organisierter Arbeiter in der ganzen Welt anerkannt. Ihre Mitarbeit an der Zerküpfung von Klassenunterschieden, künstlichen Hindernissen und wirtschaftlichen Obstruktion ist gefordert.

In dem Bewußtsein, daß in der Einheit die Macht liegt, sind die Vertreter der beiden Länder überzeugt, daß die Arbeiter aller Länder arbeiten werden, um ihre Befreiung zu sichern; die Konferenz erklärt, daß die Barriere, die auf dem internationalen Banner steht, heißen muß: „Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch! Es lebe die weltumfassende Gewerkschaften internationale!“

Die englisch-russischen Delegations gaben nach folgende feierliche Erklärung ab: „Es wird unter Ziel sein, die Zusammenarbeit zwischen den englischen und russischen Gewerkschaften auf ihre Kräfte, die von Fall zu Fall bestimmt werden soll, zu fördern, um die internationale Einheit vorwärts zu bringen.“

Es wurde ein regelmäßiger Austausch aller Dokumente und Materialien bezüglich der Gewerkschaftsbewegung der beiden Länder beschlossen.

Die Beschlüsse werden zur Ratifizierung dem Generalrat der englischen Gewerkschaften am 22. April unterbreitet.

Halle und Saalkreis

Andere nächste Arbeit

Der zweite Wahlgang um die Besetzung des Reichspräsidenten...

Wir Kommunisten sind nicht in diesem Wahlkampf getreten...

um in diesem Wahlkampf alle diejenigen Ausgebeuteten...

Bei den Diskussionen über die aufgestellten Kandidaturen...

Dazu ist vor allem notwendig, daß unsere Parteimitglieder...

Am kommenden Sonntag findet eine Kampagne der allgemeinen...

Die Genossen treffen sich am Sonntagvormittag 10 Uhr in ihren...

APD, Ortsgruppe Halle.

Der „loziale“ Magistrat der Stadt Halle

Nach dem Bezirksratsbeschlüssen sollten die Beschäftigtenarbeiter...

Dieses bedeutet, daß den Arbeitern weder die gesetzliche noch...

Da nun der Magistrat seinem Vieh (Fußpart) mehr Ruhe gewährt...

Nach längeren Verhandlungen wurde von Seiten der Betriebs...

Die Betriebsleitung ging sogar so weit, daß man einen Kollegen...

Eins aber muß sich der Magistrat der Stadt Halle gefaßt sein...

Neue Arbeiter-Literatur

Zum Bauernkrieg

Im Verlag „Neues Dorf“ sind jetzt zwei Schriften erschienen...

Außerdem erschien eine Sondernummer von „Einiges Volk“...

„Der Freiheitssampf der Bauern vor 400 Jahren und heute“...

In dieser Sondernummer findet 70 Seitenlang aus der Zeit...

„Alarmruf ergebiger Bauern“, 24 Seiten stark mit vielen...

Es ist nicht allein die Mähernte, die in großen Strichen...

Aus dem Rechts- und Verfassungsausschub

Die Frage der Ausweiskarten für die Stadtverordneten...

Die Staatsanwaltschaft

beachtet die Beweismaterial gegen

Viehler.

Trotzdem ist dieser Würder ebenjowenig verhaftet wie sein Kumpan

Willi Schulze.

Viehler trägt dagegen wieder Uniform und tut sich Dienst...

Ins Zuchthaus mit dem Mörder!

geldeinführen in die hütlichen Bergwerken in den Maßnahmen...

Bei der Beratung über Sozialisten für hässliche Arbeiter...

Die Beratung des Ortsrates betrifft Reinigung öffentlicher Wege...

Die Änderung der §§ 44 und 53 der Gefängnisordnung...

Genau nach dem Antrag Ritters zur Erhöhung des...

Es ist auch ein Antrag Ritters zur Erhöhung des...

Das ist wieder einmal bewiesen, wiewohl bürgerliche Stadt...

Bürgerliche Stadtverordnete gegen den

Strahnenhandel

Die hütliche Verwaltung hat an eine Reihe bedürftiger kleiner...

Es ist auch ein Antrag Ritters zur Erhöhung des...

Damit ist wieder einmal bewiesen, wiewohl bürgerliche Stadt...

vertretung. Um ihre eigenen Profile sicherzustellen...

Die hallischen Bauarbeiter unterstützen die JAS.

Für proletarische Hilfsweise, insbesondere für den Bau von...

Table with 2 columns: Name and Amount. Items include Baufelle, Industrieau, etc.

Zusammen: 142,70 RM.

Die Beschlüsse der Baufelle Kronprinzstraße (Neubau der...

Es beliebt die Aussicht, daß in den nächsten Tagen auf weiteren...

Wir fordern die Arbeiter im Besitz auf, dem Beispiel ihrer...

• Sitzung, Kartelldelegierte und Ortsvereinigungen...

• Verloren. Eine Preisliste auf dem Wege zum Gewerkschafts...

Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Halle

Freitag abend 8 Uhr in der „Produktiv-Genossenschaft“...

Arbeiter-Sport

Sportvereinigung Wäcker a. 1896 Halle. Die 1. Mannschaft...

Freier Arbeiter-Sportverein E. S. Halle. Schwimmwettkampf...

W. H. Z. Halle. Sonntag, den 18. April, abends 7 1/2 Uhr...

Arbeitsrat. Sonntag, den 18. April, spielen auf dem Stadion...

Arbeitsrat. Sonntag, den 18. April, spielen auf dem Stadion...

Arbeitsrat. Sonntag, den 18. April, spielen auf dem Stadion...

Arbeitsrat. Sonntag, den 18. April, spielen auf dem Stadion...

Arbeitsrat. Sonntag, den 18. April, spielen auf dem Stadion...

Arbeitsrat. Sonntag, den 18. April, spielen auf dem Stadion...

Arbeitsrat. Sonntag, den 18. April, spielen auf dem Stadion...

Arbeitsrat. Sonntag, den 18. April, spielen auf dem Stadion...

Arbeitsrat. Sonntag, den 18. April, spielen auf dem Stadion...

Arbeitsrat. Sonntag, den 18. April, spielen auf dem Stadion...

Arbeitsrat. Sonntag, den 18. April, spielen auf dem Stadion...

Arbeitsrat. Sonntag, den 18. April, spielen auf dem Stadion...

